

Presse-Information

Nr. 900

22. Oktober 2008

Heute mit folgenden Themen:

- EAC-Autoclubs fordern schnelle Einigung beim elektronischen Notrufsystem
- EU-Kommission und ARCD gegen übereilte Zulassung von Megatrucks
- Behindertenparkplätze: Kreis der Berechtigten soll erweitert werden
- EU schnürt Hilfspaket für Europas Autoindustrie
- Radfernweg zwischen Holland und Polen wird Pilotprojekt
- TISPOL fordert Maßnahmen gegen Drogen und Medikamente am Steuer

EAC-Autoclubs fordern schnelle Einigung beim elektronischen Notrufsystem

Bad Windsheim (ARCD) – Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee setzt vorerst weiter auf Notrufsäulen entlang der Bundesautobahnen. Mittlerweile gibt es rund 16.000 solcher Anlagen, mit denen bei Pannen und Unfällen Hilfe gerufen werden kann. Eben erst hat sein Ministerium den Betreibervertrag mit dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft verlängert. In der Europäischen Union plant man aber längst die Einführung eines automatischen Notrufsystems unter dem Namen „eCall“. Mit Hilfe von in Fahrzeugen eingebauten Telematik-Geräten und der einheitlichen europäischen Notrufnummer „112“ sollen noch schnellere Rettungsmaßnahmen möglich werden als bisher. Bei einem Unfall wird ein Notruf ausgelöst, der den Unfallzeitpunkt, genaue Daten des Unfallorts, die Fahrtrichtung und Fahrzeug-Kennung an eine Notrufzentrale sendet. Bisher gibt es aber unter den europäischen Ländern nur eine Absichtserklärung und noch keine Einigung, ob alle europäischen Länder teilnehmen, welche Systeme zum Einsatz kommen und wie die Finanzierung laufen soll. Fachleute streiten auch darüber, ob Ortungssysteme via Handy nicht die bessere Lösung sind, weil sie weniger Kosten verursachen und eine Ortung unabhängig vom Fahrzeugstandort erlauben. Über diese Fragen diskutierten Experten am 15. Oktober in Berlin bei einem Parlamentarischen Abend des Verbundes Europäischer Automobil Clubs (EAC). Es war der erste öffentliche Auftritt in der Bundeshauptstadt der in diesem Jahr neu gegründeten Vereinigung von fünf europäischen Autoclubs, zu deren Gründungsmitgliedern auch der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) zählt. Dass die Handyortung von Unfallopfern eine Alternative zu den Plänen der EU mit ihrem eCall-System sein kann, zeigte Pierre-Eric Steiger, als er das Handyortungssystem LifeService 112 der Björn Steiger Stiftung vorstellte. Seine Vorteile: Es ist flexibel, verursacht keine Netzkosten und braucht nicht eine Vielzahl von Leitstellen zur Weitergabe der Unfallmeldungen. Schon heute würden rund 60 Prozent aller Notrufe nicht über Notrufsäulen, sondern über Handy abgesetzt. Erste Handys mit GPS-Funktion sind längst auf dem Markt, und die Industrie arbeitet intensiv an der Entwicklung von Geräten mit uneingeschränkter Notrufeignung. Alle Diskutanten auf dem Podium, darunter der ehemalige Verkehrsminister Kurt Bodewig als Präsident der Deutschen Verkehrswacht, waren sich darin einig, dass es noch ein weiter Weg bis zu einem einheitlichen europäischen Notrufsystem ist. Ihre Forderung ist klar: Ein neues elektronisches Notrufsystem muss im grenzüberschreitenden Verkehr in ganz Europa funktionieren, es darf für den Verbraucher nicht zu teuer werden, und die Einführung darf sich wegen des Hangs der Eurobürokraten zur Überharmonisierung nicht immer weiter verzögern. **ARCD**



Presse-Information

EU-Kommission und ARCD gegen übereilte Zulassung von Megatrucks

Bad Windsheim (ARCD) – Die institutionelle Nachdenkpause rund um die EU-Wahlen Mitte nächsten Jahres kommt der Generaldirektion Verkehr der europäischen Kommission im Zusammenhang mit der Zulassung von überdimensionierten Lkw, auch Giga-Linern oder Megatrucks genannt, gerade recht: Die ebenso eifrigen wie eiligen Straßengüterverkehrs-Lobbyisten werden sich zumindest bis 2010 gedulden müssen, bis eine Entscheidung fällt! Sie drängen in Brüssel auf eine rasche Revision der Richtlinie zu Standardausmaßen von Lkw und wünschen sich angesichts zunehmender Kosten für Straßengütertransporte eine neue EU-Norm von 25,25 m Gesamtlänge und 60 t Gesamtgewicht – Werte, auf die das mitteleuropäische Straßensystem nach Ansicht des Auto- und Reiseclubs Deutschland (ARCD) überhaupt nicht ausgelegt ist. Wie ein hoher EU-Beamter der GD Verkehr dem belgischen Fachblatt „De Lloyd“ mitteilte, wolle die Kommission nun erst eine zweite Studie über die gesellschaftlichen und verkehrspolitischen Auswirkungen einer Novellierung in Auftrag geben, bevor sie eine Entscheidung treffe. In einer ersten Kosten-Nutzen-Rechnung war das von der Kommission beauftragte Studienbüro TMLeuven zu dem Ergebnis gekommen, dass die wirtschaftlichen Vorteile einer Einführung der Gigaliner auf Europas Hauptachsen überwiegen. Die Studie verschweigt jedoch auch nicht, dass solche Megatrucks eine enorme neue Gefahrenquelle darstellen könnten. Dem verkehrspolitischen Ziel einer Verlagerung der Gütertransporte auf alternative Verkehrsträger komme man damit ebenfalls nicht näher, so die Studie. Und dennoch scheint die EU aus diesen Anmerkungen auf Druck der Lobbyisten bislang noch immer nicht die längst fälligen Schlüsse zu ziehen, kritisiert der **ARCD**.

Behindertenparkplätze: Kreis der Berechtigten soll erweitert werden

Bad Windsheim (ARCD) – Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes will die Bundesregierung den Kreis der Berechtigten für Behindertenparkplätze ausweiten. Der Bundesverband Contergangeschädigter e.V. hatte im Oktober 2007 gefordert, dass auch die von ihm vertretenen Bürger mit Handicap die entsprechenden Stellplätze nutzen dürfen. Bisher ist dieser Personengruppe in den meisten Fällen die Nutzung von Sonderstellplätzen und Anwohnerparkzonen außerhalb ihres Wohnbereichs verweigert, weil aus medizinischer Sicht keine außergewöhnliche Gehbehinderung im Sinne des Gesetzes vorliegt. Derzeit dürfen nur Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und blinde Menschen ihr Fahrzeug auf gekennzeichneten Behindertenparkplätzen und in Sonderparkzonen abstellen. Künftig sollen alle Menschen ohne Arme (beidseitige Amelie) oder mit Phokomelie (Hände und Füße setzen unmittelbar am Rumpf an) entsprechende Privilegien beim Parken genießen können, auch wenn sie nicht spezifisch contergangeschädigt sind. Dieser Personenkreis müsse, so die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf, das Fehlen der Hände durch die Füße ausgleichen, was zu einer starken Beanspruchung der Gelenke führt. Dies erfordere eine besondere Schonung, z.B. durch das Vermeiden längerer Wegstrecken. Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) begrüßt die längst fällige Ergänzung der bisherigen Regelungen und fordert eine rasche Umsetzung in der Praxis. **ARCD**

EU schnürt Hilfspaket für Europas Autoindustrie

Bad Windsheim (ARCD) – Am Rande des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und



Presse-Information

Regierungschefs am 15. und 16. Oktober wurde auch die ernste wirtschaftliche Lage der europäischen Autoindustrie und ihrer zwölf Millionen direkt oder indirekt betroffenen Arbeitnehmer zur Sprache gebracht. Frankreichs Präsident und Ratsvorsitzender Nicolas Sarkozy warnte erneut davor, die europäische Autoindustrie im Konkurrenzkampf mit asiatischen und US-Herstellern im Stich zu lassen. Angesichts des von der US-Regierung verabschiedeten Kreditpakets von 25 Mrd. Dollar zur Stützung der maroden US-Automobilindustrie dürfe Europa nicht nachstehen. Auch seien die Belastungen, die der Autoindustrie aufgrund technologischer Anpassungen an Europas Klimaschutzmaßnahmen erwachsen, durch entsprechende Stützungsmaßnahmen abzufedern. Gemeinsam mit Jean-Claude Juncker (Luxemburg) forderte Sarkozy die EU-Kommission auf, noch vor Ende des Jahres einen konkreten Unterstützungsplan zu erarbeiten, der auch Staatsbeihilfen für den Automobilsektor möglich mache. Die Autohersteller Europas fordern angesichts der anhaltenden Marktflaute und weltweiten Finanzkrise ein Unterstützungspaket im Umfang von rund 40 Mrd. Euro. Überdies sollten steuerliche Anreize für die Bürger geschaffen werden, um die Erneuerung des europäischen Pkw-Fuhrparks zu beschleunigen. **ARCD**

Radfernweg zwischen Holland und Polen wird Pilotprojekt

Bad Windsheim (ARCD) – Ein jetzt in Berlin vorgestelltes Modellprojekt soll die Bedingungen für den Fahrradtourismus in Deutschland verbessern helfen. Konkret geht es um den Ausbau und die Entwicklung der 915 km langen D-Netz-Route 3 als Teststrecke, die durch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin zwischen der holländischen und der polnischen Grenze verläuft. Das gesamte D-Netz umfasst zwölf Haupttrouten und fast 12.000 Kilometer Radwege in Deutschland. Projektpartner sind die genannten Bundesländer, das Bundeswirtschaftsministerium und der Deutsche Tourismusverband (DTV). Auf der D-Netz-Route 3 sollen modellhaft zusätzliche Freizeit- und Serviceangebote geschaffen, verbesserte Informationsangebote im Internet eingestellt, eine einheitliche Beschilderung an der gesamten Strecke realisiert und eine professionelle Vermarktung der Route angestrebt werden. Bisher prägen die deutschen Radfernwege unterschiedliche Standards bei der Wegequalität, der Beschilderung, dem Unterhalt und der Vermarktung. Zusätzlich kündigte Ernst Hinsken, Tourismusbeauftragter der Bundesregierung, zur Gewinnung fundierter Daten eine Grundlagenuntersuchung zum Fahrradtourismus an. Sie soll Potenziale und Trends aufzeigen und im März 2009 auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB) vorgestellt werden. Nach Ergebnissen der Radreisenanalyse des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) war 2007 für rund 21 Millionen Reisende Fahrradfahren im Urlaub eine der Haupturlaubsaktivitäten. In den nächsten drei Jahren planen demnach 2,2 Millionen Bundesbürger eine Radreise. **ARCD**

TISPOL fordert Maßnahmen gegen Drogen und Medikamente am Steuer

Bad Windsheim (ARCD) – Rund ein Prozent aller Fahrten werden von Verkehrsteilnehmern unternommen, die nach dem Konsum von Drogen oder Medikamenten nicht fahrtüchtig sind. Mit diesem Ergebnis ließ eine norwegische Studie beim diesjährigen TISPOL-Kongress (European Traffic Police Network) in Harrogate aufhorchen. Umgelegt auf Deutschland bedeute dies eine Dunkelziffer von 1,4 Mio. Fahrten täglich. „Wir wissen, dass wir es hier mit einem wachsenden Problem zu tun haben,“ meinte der Vorsitzende von TISPOL, Wolfgang Blindenbacher. In vielen Ländern fehlten aber nach wie vor gesetzliche Rahmenbedingungen



Presse-Information

sowie die technische Ausrüstung, um Fahruntüchtigkeit nach Drogen- oder Pharmaka-Konsum nachzuweisen und die Lenker aus dem Verkehr zu ziehen. Er forderte die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, die Verfolgung illegalen Drogenkonsums im Straßenverkehr auf ihre politische Agenda zu setzen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Fahruntüchtigkeit wegen der Einnahme vom Arzt verschriebener Medikamente müsse ebenfalls besser erforscht werden und Gegenstand gezielter Aufklärung sein, meinte Blindenbacher. Pharma-Hersteller, Ärzte und Apotheker werden von TISPOL aufgerufen, ihre Patienten klar über die Gefahren und länger anhaltenden Wirkungen etwa von Schlaftabletten und Psychopharmaka hinzuweisen, die das Fahrvermögen beeinträchtigen. Das von der EU-Kommission initiierte und finanzierte DRUID-Forschungsprojekt (Driving under the Influence of Drugs, Alcohol and Medicines, www.druid-project.eu) sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung; leider sei man aber in den meisten EU-Ländern von praktischen Anwendungen noch weit entfernt, um Fahruntüchtigkeit eindeutig festzustellen und betroffene Verkehrsteilnehmer am Weiterfahren zu hindern. **ARCD**

